

«Die nächsten fünf Jahre sind entscheidend»



Uexküll an der Biennale

Jakob von Uexküll, 1944 in Uppsala (Schweden) geboren, lebt heute in London. Nachdem er studierte Philosoph und Ökonom eine bedeutende Briefmarkensammlung geerbt und damit professionell gehandelt hatte, gründete er mit deren Erlös die Right Livelihood Award Foundation. Für sein ökologisches und humanitäres Engagement wurde von Uexküll mehrfach ausgezeichnet. Der «Alternative Nobelpreis», den er 1980 ins Leben gerufen hat, ging 2013 erstmals auch an einen Schweizer: Mit Hans Herren wurde ein Pionier der biologischen Schädlingsbekämpfung gekürt. Uexküll hält am 18. Januar 2014 die Eröffnungsrede der 10. Schweizer Biennale zu Wissenschaft, Technik und Ästhetik im Verkehrshaus Luzern. Zum 20-Jahre-Jubiläum der Biennale werden Experten und Entscheider aus Wissenschaft, Politik, Unternehmen und Non-Profit-Organisationen während zwei Tagen verschiedene Vorträge und Diskussionen halten. Das diesjährige Thema lautet «Be the change we want to see in the World».

1980 hat Jakob von Uexküll, Eröffnungsredner der diesjährigen Biennale in Luzern, den «Alternativen Nobelpreis» gegründet. Bis heute sucht der schwedisch-deutsche Philantrop in aller Welt nach Menschen und Modellen, die Lösungen liefern für ökologische und humanitäre Probleme. Und er findet.

Von Pierre Hagmann

Jakob von Uexküll, 2004 haben Sie den Weltzukunftsrat ins Leben gerufen, der als globaler Führungssprecher für künftige Generationen auftritt. Was erwartet unsere Nachkommen?

Die nächsten fünf Jahre werden entscheidend sein, das bestätigt die Wissenschaft. Die Menschen müssen jetzt dafür sorgen, dass die Lösungen schneller wachsen als die Probleme. Sonst werden die Krisen und Konflikte zunehmen, keine Frage. An einigen Orten ist es schon zu spät. Das Problem der Überfischung vor der Küste Nordamerikas etwa wurde zu spät erkannt. Und mit schmelzenden Gletschern kann man nicht verhandeln.

Befinden wir uns an einem Wendepunkt?

Ja. In der Geschichte hat es immer wieder «Tippingpoints» gegeben – aber nur regional, nie global. Das Verständnis dafür, wie nah wir zurzeit an einem globalen «Tippingpoint» stehen, ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Wenn wir in nächsten fünf Jahren so weitermachen, werden unsere Enkel mit einem Klimakollaps und mit

extremen Ressourcenkonflikten konfrontiert. Der Weltzukunftsrat zeigt, dass es auch anders geht, verbreitet Lösungen und politische Strategien, die sich schon irgendwo bewährt haben.

Wo finden Sie diese Lösungen?

Es gibt vielerorts konkrete Strategien. In der brasilianischen Metropole Belo Horizonte etwa wurde das Recht aller Einwohner auf eine gesunde Mahlzeit pro Tag gesetzlich verankert – mit bemerkenswertem Erfolg. An den Stadträndern wird eine regionale Biolandwirtschaft betrieben, deren Ertrag an zentralen Plätzen in der Stadt zu regulierten, günstigen Preisen verkauft wird. Seither ist die Mortalitätsrate bei Kindern um 60 Prozent gesunken. Unser Ziel ist es eben, solche Konzepte bekannt zu machen – und zu kopieren. Deshalb hat der Weltzukunftsrat das Gesetz 2009 mit dem «Future Policy Award» prämiert. Und nun suchen wir Partner, um dieses bewährte Gesetz in afrikanischen Städten zu installieren, auf Bitten afrikanischer Bürgermeister.

Brasilien als Vorreiter?

Es lassen sich nicht immer ganze Nationen als Vorbilder identifizieren. Viele Länder liefern gute Einzelbeispiele, weisen dafür in anderen Bereiche brutale Defizite auf. In Bhutan etwa gibt es ein Ministerium für Glück, das sehr fortschrittlich anmutet, doch gleichzeitig betreibt das Land eine haarsträubende Flüchtlingspolitik. Das gleiche gilt für Staatengemeinschaften wie die EU: Die Union hat in der Klimapolitik weltweit einige starke Zeichen gesetzt, nun sind aber auch Rückschritte erkennbar, die mir grosse Sorgen bereiten.

Vor einigen Jahren sagten Sie: «Es passiert lächerlich wenig.» Hat sich seither etwas getan?

Die Probleme nehmen immer noch schneller zu als die Lösungen. Alle Anstrengungen nützen nichts, wenn unsere Regierungen von Ökonomen beraten werden, die glauben, dass man Geld essen kann. Nobelpreisträger Thomas Schelling ist ein solches Beispiel. Solange wir genügend «Wachstum» in anderen Bereichen produzieren, so seine Haltung, ist der Einbruch der Lebensmittelproduktion aufgrund des Klimawandels sekundär. Wir müssen das Wachstum stoppen und Rahmenbedingungen schaffen, die die herrschende Kurzsichtigkeit benachteiligt.

Sie sagten damals auch, dass das Problem nicht sei, dass wir nicht wüssten, was zu tun wäre, sondern dass wir es nicht tun. Ist diese Sicht der Dinge nicht zu simpel?

Es ist offensichtlich, dass die finanzstarke Lobby der Kurzsichtigkeit einer Veränderung im Weg steht. Viele Ökonomen haben die Weltanschauung eines kleinen Kindes, das von der schönen Vorschulzeit träumt. Unsere Ökonomen träumen von der Vorkrisenzeit, aber sie wird nicht wiederkommen. Denn wir stossen weltweit an Grenzen: Es ist ausgeschlossen, dass sich China dereinst einen Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch leisten kann, wie das aktuell beispielsweise die Schweiz tut. Und, ganz entscheidend: Wir dürfen die einzelnen Probleme nicht länger isoliert betrachten.

Das heisst?

Klimawandel, Energiefragen, Menschenrechte, politischer Frieden – das alles sind Bereiche, die voneinander abhängig sind. Noch fehlt das Bewusstsein für diese Inter-

dependenzen. Die Atomwaffenkrise etwa kann nicht losgelöst vom Klimawandel betrachtet werden, der diese Waffen noch gefährlicher macht. Was tut ein atomar bewaffnetes Pakistan, wenn die Gletscher schmelzen und kein Trinkwasser mehr da ist? Es ist ein Trugschluss, zu glauben, dass die Gefahr eines Atomkriegs überwunden sei. Im drohenden Klimachaos geht auch die Demokratie unter.

Muss der Leidensdruck weiter steigen, bis die Gesellschaft bereit ist zur Veränderung?

In vielen Ländern der Welt ist der Leidensdruck schon enorm. Es gibt aber diese Stimmen, die sagen, dass nur eine grosse Katastrophe im Westen die internationale Gemeinschaft wecken würde – die Überflu-

Viele Ökonomen haben die Weltanschauung eines kleinen Kindes, das von der schönen Vorschulzeit träumt.

tion von London etwa. Ich glaube, viele Menschen sind schon wach. Das Ziel muss es sein, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Veränderung auch auf politischer Ebene manifestieren kann. Deshalb ist der antipolitische Zynismus sehr gefährlich. Im alten Athen hiessen jene, die sich politisch nicht engagierten, «idiotes» – heute ist das Gegenteil der Fall: Wer in die Politik geht, gilt als Idiot.

Existieren auch da konkrete Vorbilder?

Was die politischen Partizipationsmöglichkeiten angeht, steht natürlich die Schweiz sehr gut da. Der US-Staat Vermont beispielsweise hat Städteversammlungen, während im brasilianischen Porto Alegre die Bürger zusammenkommen, um über das Budget mitzubestimmen. Das Ziel ist die Wiederbelebung des Engagements.

Sind Sie manchmal frustriert, weil die Veränderung, für die Sie sich so einsetzen, stockt?

Natürlich. Doch Menschen zu sehen wie jene, die den Alternativen Nobelpreis erhal-

ten – also Menschen, die im Gegensatz zu mir hohe persönliche Risiken eingehen und trotz aller Widrigkeiten nicht frustriert den Bettel hinwerfen – das ist Ansporn genug, um dranzubleiben.

Der Future Policy Award 2013 kürt ein latein-amerikanisches Anti-Nuklear-Gesetz, das 1967 in Kraft getreten ist. Sollten Sie nicht besser aktuelle Bestrebungen honorieren?

Uns geht es darum, die wirksamsten Gesetze oder Projekte zu würdigen und bekannt zu machen, nicht die neuesten. Der Vertrag von Tlatelolco hat dafür gesorgt, dass Lateinamerika und die Karibik nachhaltig atomwaffenfrei geworden sind. Ganz neue Gesetze werden bei uns ohnehin nicht gekürt – erst nach vier bis fünf Jahren lässt sich ja die Wirksamkeit eines solchen erkennen. Und das beste Argument ist immer: Es funktioniert anderswo. Noch mangelt es aber am nötigen Wissenstransfer.

Neben dem Future Policy Award vergeben Sie auch den sogenannten Alternativen Nobelpreis. Sie legen viel Wert auf Preisverleihungen.

Menschen suchen sich Vorbilder und es ist wichtig, die richtigen Vorbilder zu haben. Preise machen Vorbilder bekannt. Mittlerweile ist der Alternative Nobelpreis international anerkannt. Das Beispiel eines aktuellen Preisträgers, dem palästinensischen Rechtsanwalts Raji Sourani, zeigt: Der Preis wurde im gesamten Gazastreifen als Anerkennung gewertet, im Sinne von «Die Welt hat uns nicht vergessen».

Wollen Sie mit dem Right Livelihood Award, wie der Preis offiziell genannt wird, den «richtigen» Nobelpreis konkurrieren?

Nein, wir machen keinen Anti-Preis, sondern füllen eine Lücke, die der Nobelpreis offenlässt. Da ist viel Geld im Spiel, aber der Nobelpreis ist nicht mit der Zeit gegangen. Der Wunsch Alfred Nobels war es, jährlich jene zu würdigen, die der Menschheit «den grössten Nutzen» gebracht haben. Mir wird oft gesagt, dass dies heute eher auf die Preisträger der Alternativen Nobelpreise zutrifft.

10. Biennale zu Wissenschaft, Technik und Ästhetik: SA 18. bis SO 19. Januar, Verkehrshaus Luzern.

Programm: www.neugal.ch